

BUNDESZENTRALE

Gudrun Hentges

Staat und politische Bildung – Von der »Zentrale für Heimatdienst« zur »Bundeszentrale für politische Bildung«

Wiesbaden (Springer VS) 2013, 493 S., 49,95 Euro

Politische Jugend- und Erwachsenenbildung, wie sie heute in Deutschland betrieben wird, versteht sich primär als zivilgesellschaftliche Aktivität und kann sich, auch wenn sie von der Bildungspolitik nicht gerade favorisiert wird, auf eine entwickelte und öffentlich geförderte Infrastruktur stützen, in der gesellschaftliche Initiativen, Verbände, Stiftungen, gewerkschaftliche oder konfessionelle Träger die entscheidende Rolle spielen. Dieser »non-formale« Bildungsbereich ist natürlich wie der »formale« auf staatliche Förderung angewiesen. Als eine der wichtigsten Institutionen agiert hier die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die im letzten Jahr ihren 60. Geburtstag feierte und die sich in den aktuellen bildungspolitischen Auseinandersetzungen gemeinsam mit den freien Trägern für die oft an den Rand gedrängte Bildungsaufgabe einsetzt. Seit gut einem Jahrzehnt koordiniert die Bundeszentrale zudem mit ihrem runden Tisch, bei dem Trägerzusammenschlüsse und Einrichtungen vertreten sind, förderungs- und professionspolitische Angelegenheiten.

Bundeszentrale oder Landeszentralen sind in der Nachkriegssituation als Folge der alliierten Reeducation entstanden, die dem deutschen Volk einen antifaschistischen Bruch mit seiner Vergangenheit verordnete. Dieser Auftrag zu einer breiten Demokratisierung – die sich nicht einfach mit der Umstellung der Massenloyalität auf eine neue, jetzt demokratisch legitimierte Obrigkeit begnügen wollte – ist aber nicht die ganze Wahrheit. Wie Gudrun Hentges, Politik-Professorin an der Hochschule Fulda, in ihrer umfangreichen Studie »Staat und politische Bildung« über die Entstehung der Bundeszentrale nachweist, sind zwei andere Sachverhalte von vorrangiger Bedeutung gewesen: Erstens folgten Etablierung und Ausbau der staatlichen Förderung dem Programm eines militanten Antikommunismus – eben der »Blocklogik des Kalten Krieges«, die, so der Politikdidaktiker Christoph Butterwegge im Vorwort zu Hentges' Buch, in ihrem totalitären Zugriff »vielleicht noch verheerender (war) als die neoliberale Standortlogik«; zweitens stellte die Bundeszentrale nicht einfach einen demokratischen Neuanfang dar, sie stand vielmehr, was auch die Rezension des Erwachsenenpädagogen Erhard Meueler hervorgehoben hat (Junge Welt, 27.5.2013), in einer propagandistischen Tradition, sodass schon bald ehemalige NS-Fachleute in ihr »tonangebend« (Meueler) wurden. In den neueren Bemühungen um die bildungsgeschichtliche Aufarbeitung der außerschulischen Szene schließt die ungewein informative und detailgenaue Studie von Hentges eine Forschungslücke. Bislang lag hierzu nur eine Analyse von Benedikt Widmaier vor. Widmaier, Direktor der katholisch-sozialen Akademie »Haus am Maiberg«, hatte 1987 – auf einer viel schmaleren Materialbasis – einen ersten Einblick in den Entstehungsprozess der Behörde gegeben und dabei das

staatliche Verständnis der politischen Bildung als »positiver Verfassungsschutz« herausgestellt. Der Blick wird jetzt bei Hentges ausgeweitet. Deutlich wird der schwierige Prozess, eine Behörde zur Förderung eigenständiger Bildungsarbeit zu etablieren. Die Planung der Adenauer-Regierung ging nämlich zunächst in Richtung einer »grundlegend anderen Funktionsbestimmung der Bundeszentrale im Sinne eines Propagandainstrumentes in den Händen der Bundesregierung«. Dies wurde zwar verhindert, in wichtigen Fragen jedoch, das zeigt Hentges etwa am Beispiel der westdeutschen Remilitarisierung, wurde eine »möglichst weitgehende Übereinstimmung« mit der »sog. Regierungslinie« angestrebt und im Endeffekt auch hergestellt. Der Mitte der 50er-Jahre erfolgte »Paradigmenwechsel«, die Einschwörung der Bundeszentrale auf den Kampf gegen den Bolschewismus bei gleichzeitigem Zurückfahren der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, belegt diese Rolle. Die Behörde wurde explizit – wenn auch vorwiegend im internen Sprachgebrauch – unter den Auftrag der Propaganda gestellt. In Kooperation mit Geheimdiensten (Verfassungsschutz, CIA) und unter Verwendung moderner Beeinflussungstechniken aus Werbung und PR wurde nach Wegen gesucht, die öffentliche Meinung zu steuern und zu lenken. Hentges deckt dabei minutiös auf (siehe die Fälle Mäe, Hahn-Butry oder von Mende), wie selbst übelste NS-Propagandisten und Kriegsverbrecher von der Behörde als stramm antikommunistische Autoren und Referenten bevorzugt wurden. So war mit Professor von Mende bei der Gründung des Ostkollegs ein wissenschaftlicher Mentor tätig, der als Experte die nationalsozialistische Judenvernichtung begleitet und z.B. an einem Folgetreffen der Wannseekonferenz teilgenommen hatte. Die NS-Verstrickung vieler Beteiligten war übrigens den staatlichen Stellen bekannt, dies führte aber nur dann zu einschneidenden Konsequenzen, wenn es einen öffentlichen Skandal gab.

Die Analyse von Hentges erschöpft sich nicht im Nachweis einer solchen personellen Kontinuität zum NS-Regime. Sie zeigt vielmehr die ideellen und konzeptionellen Traditionslinien der bewusst als »Heimatdienst« gegründeten Bildungszentrale auf. Sie bestätigt Widmaiers früheren Befund von der Einordnung der Bildungsarbeit ins Verfassungsschutzkonzept, also in die entsprechenden Feindbildkonstruktionen des Kalten Krieges; sie macht aber zugleich den zeitgeschichtlichen Kontext einer systematischen Formierung und Manipulation der politischen Kultur deutlich und kennzeichnet den vorherrschenden Geist der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus: Er tradierte die NS-Vorstellung von der gesunden Volksgemeinschaft, die durch die zersetzende Kritik dialektisch geschulter sowie von außen, letztlich von Moskau eingeschleuster Elemente aufs Höchste gefährdet und gegen den Einfluss solcher Schädlinge zu immunisieren sei. Am Schluss der Arbeit geht Hentges kurz auf die 1960 ins Leben gerufene Kommission zur Beratung der Bundesregierung ein, mit der sich dann ganz allmählich ein Wandel der Behörde abzuzeichnen begann – eine erste Auswirkung des Reformwillens war die vor 50 Jahren erfolgte Umbenennung in »Bundeszentrale für politische Bildung«.

Johannes Schillo